Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

19 (23.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 19 | Samstag, den 23. Januar 1932 | 103. Jahrgang

Frankreich gibt nicht nach

So denkt Frankreich!

Fortsetzung der Interpellationsdebatte in der französischen Kammer

In der Interpellationsdebatte in der Kammer über die innere und äußere Politik bemängelte der radikale Abgeordnete **Nogaro** die Finanzpolitik der früheren Regierungen und bedauerte lebhaft, daß man die verschiedenen Finanzskandale zu verschleiern versucht habe.

Die Ausführungen des nächsten Interpellanten, des sozialrepublikanischen Abgeordneten **Forgeot**, erregten gewisses Aufsehen. Deutschland habe, erklärte er, **mit Hilfe von kurz- und langfristigen Krediten, und auch aus eigenen Mitteln sich eine neue industrielle Ausrüstung geschaffen. Nun sei es in eine Krise hineingeraten, die man nicht übersehen könne.** Das **Recht Frankreichs** gegenüber Deutschland müsse man nicht nur aus dem Versailler Vertrag, sondern auch **aus dem Youngplan** herleiten. Der Redner entwickelte sodann den Gedanken, **daß Frankreich seine Schäden restlos vergütet haben wolle und für sich einen absoluten Vorrang gefordert habe.** Der Rest, den ihm heute der Youngplan lasse, betrage ungefähr zwei Milliarden Francs. **Dieser kleine Ueberschuß sei heilig, und man könne Deutschland nicht gestatten, seine Privatschuldner zu bezahlen, ohne diese Schuld in Rechnung zu stellen.** Aber wäre es für Frankreich weise, hartnäckig Nein zu sagen? Keineswegs. Die Stunde einer mächtigen Gegenoffensive habe geschlagen. **Ein einfacher, klarer französischer Vorschlag an die gesamte Welt würde Frankreichs Gegner zur Entscheidung zwingen.** Wenn es nun möglich wäre, eine gesunde Lösung zu finden, ohne die französische Sicherheit zu verringern, warum solle man das nicht versuchen? Warum wolle man Amerika heute nicht folgenden **Vorschlag** machen: **Frankreich verzichtet auf seine Reparationen, wenn ihm seine Schulden erlassen werden.** Frankreich ist bereit, seine Rüstungsausgaben herabzusetzen gegen die Zusicherung, daß der Garantievertrag von 1919 Kraft erlange. Könnte Frankreich das annehmen? Ja, **Deutschland könne sich morgen in einer allgemeinen Erhebung auf Frankreich werfen. Gegen eine solche Gefahr sei die beste Rettung die Verständigung.** Unter ungeheurem Beifall des Hauses schloß Forgeot: Kann Frankreich bei seiner negativen Politik bleiben? Ist es nicht selbst schuldig, einen positiven, konstruktiven Plan vorzuschlagen um das allgemeine Unheil zu verhindern?

Abg. Louis **Dubois** (Fraktion Marin), ehemaliger Vorsitzender der Revko, hielt es für angebracht, sich mit den möglichen Folgen einer ablehnenden Haltung Deutschlands zu beschäftigen. Er zählte die im Youngplan angeblich vorgesehenen **Sanktionsmöglichkeiten** auf und fragte die Regierung, welche Politik gegenüber Deutschland den Vereinigten Staaten und England zwecks Regelung aller Finanzfragen sie zu betreiben gedächte.

Ein Zwischenfall bei Hetzreden in der französischen Kammer

Die Nachtsitzung der französischen Kammer mußte nach kurzer Zeit wegen eines Zwischenfalles unterbrochen werden. Als Interpellant sprach der Abg. **Delsol** von der Fraktion Maginot. Delsol sagte, die **Erklärung des Reichskanzlers bedeute nicht, Deutschland könne nicht mehr zahlen, sondern Deutschland wolle nicht mehr zahlen (!) Es sei also unnütz, die Verhandlungen fortzusetzen. Man müsse Deutschland gegenüber die starke Faust zeigen und dürfe nicht nachgeben. Namentlich in der Abrüstungsfrage heiße es, festbleiben. Der Friede um jeden Preis bedeute den unvermeidlichen Krieg.** Zum Schluß gab Delsol der Hoffnung Ausdruck, daß in der französischen Kammer nur Abgeordnete säßen, die als Vertreter Frankreichs, nicht aber als Vertreter Deutschlands zu gelten hätten. Die **Sozialisten** bezogen diese Aeußerung auf sich. Sie verlangten eine nähere Erklärung. Delsol verweigerte diese. **Es setzte ein Pultdeckelkonzert ein.** Der Kammerpräsident mußte die Sitzung unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung suchte Abg. Delsol unter Protestrufen der Linken seine Ausführungen, die zur Unterbrechung der Sitzung führten, abzuschwächen.

Hierauf erklärte **Louis Marin** in Begründung seiner Interpellation aus, die Ereignisse seien sehr ernst. **Deutschland habe erklärt, daß es sich einem der Hauptartikel des Versailler Vertrages entziehen werde.** Hinsichtlich der übrigen Artikel werde es eines Tages die gleiche Haltung einnehmen. **Wenn Deutschland nicht nachgebe, was würden die Alliierten dann angesichts „dieser Verletzung des Versailler Vertrages" tun?** Von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten sei man in Frankreich der Ansicht, **daß die Reparationen geheiligten Charakter trügen.** (Lebhafter Beifall.) Im Namen der internationalen Moral müßten die von Deutschland in Frankreich, Belgien und Rumänien angerichteten Schäden wieder gutgemacht werden. **Frankreich müsse seinen Anteil an den ungeschützten Reparationen bis zur äußersten verteidigen.** Der Abgeordnete **Grumbach** selbst habe erklärt, wenn Deutschland am Youngplan rühre, würde er beim Völkerbund **die Wirtschafts- und Finanzblockade Deutschlands beantragen.** — Hier warf Grumbach ein: „Ich habe hierbei an Hitler gedacht und an den Haager Internationalen Gerichtshof, aber an **keine militärische Maßnahme".** Louis **Marin** wünschte weiter Aufklärung darüber, ob tatsächlich im Falle einer Streichung der Kriegsschulden durch die Vereinigten Staaten an **eine koloniale Kompensation** gedacht worden sei, was der Kolonialminister in kurzer Erwiderung **verneinte.**

Marin lehnte dann weitere Kredite an Deutschland ab und wandte sich gegen den **Vorrang der amerikanischen Privatgläubigeransprüche**, da „die Wucherer" nicht zum Schaden der Opfer bevorzugt werden dürften. Auf der Abrüstungskonferenz müsse die Regierung angesichts der **deutschen Rüstungen (!)** fest bleiben. Generosität sei nicht mehr am Platze. Deutschland könne immer nur neue Forderungen stellen und würde schließlich alles erhalten. Der **Völkerbund** sei, weil er über keine Sanktionsmittel verfüge, **nicht viel wert.** Gegenüber Deutschland bleibe das Bündnissystem immer noch das beste.

Darauf erklärte **Herriot** unter Hinweis auf die **Erklärungen des Reichskanzlers**, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne, **dieser Standpunkt sei für alle unannehmbar**, die die internationalen Abkommen respektieren. Er erinnere an die Bestimmung des Youngplanes, daß Deutschland, falls es den Youngplan nicht einhalten sollte, den Schiedsspruch des Haager **Schiedsgerichtes** annehmen würde. Gewiß leide Deutschland augenblicklich, und es würde Mangel an internationalem Geist beweisen, wollte man diese Leiden in Abrede stellen. Aber nach dem Bericht des Baseler Sachverständigen werde Deutschland in gewisser Zeit wieder hergestellt sein. Herriot bedauerte, daß die Vereinigten Staaten nicht den Garantiepakt unterschrieben. Das sei die Ursache des ganzen Elends. Die große Lösung würde in dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund bestehen. Herriot wurde von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten stehend eine Ovation dargebracht, aber auch ein Teil der Sozialisten sparte nicht mit Beifall.

Neue Erklärungen Lavals

Die Reparationsdebatte in der französischen Kammer

Paris, 22 Jan. Der dritte Tag der Interpellationsdebatte begann mit einer Rede des **radikalen Abgeordneten Bergery**, der bekanntlich früher der Reparationskommission angehörte. Er ging von der Erklärung aus, daß zwischen den Kriegsschulden und den Reparationen nur eine einseitige Verbindung bestehe, die allein für Deutschland günstig sei. Welches seien die Realitäten von heute? **Hitler-Krise in Deutschland! Die Erklärung Brünings sei schon Hitlerionismus. Der Reparationsgrundsatz müsse aufrecht erhalten werden,** aber man müsse auch bedenken, daß man jetzt 15 Jahre der Irrtümer hinter sich habe. Wenn man wolle, daß eine Schuld bezahlt werde, müsse man **mit vernünftigen Ziffern kommen** und man müsse auch über Zwangsmittel verfügen, wovon heute keine Rede mehr sein könne. Während 15 Jahren sei eben die geforderte Reparationsschuld zu hoch gewesen, so daß man sie in der ganzen Welt für uneintreibbar erklärte. Die Schulden zu streichen, dürfte wirkungslos sein, wenn nicht gleichzeitig der Friede gesichert sei. Hinsichtlich der Abrüstung müsse man in Zukunft die Politik des Genfer Protokolls verteidigen. Ueber allem müsse die Schiedsgerichtsbarkeit stehen, dann komme der Friede von selbst. Frankreich müsse dies Deutschland unverzüglich anbieten. Eine andere Politik sei nicht mehr möglich. Bergery erklärt, die Kammer möge heute wählen zwischen einer Politik, wie er sie vorschlage oder dem Nichts. Die Regierung möge sich in acht nehmen. Wenn sie selbst nicht liquidieren wollte, dürften in zwei Monaten die Liquidatoren der jetzigen beängstigenden europäischen Politik ernannt werden.

Rede Lavals.

T.U. **Paris**, 22. Jan. Nach den Ausführungen des radikalsozialistischen Redners hielt Ministerpräsident Laval am Freitag nachmittag die mit Spannung erwartete außenpolitische Rede, in der er im wesentlichen die bereits in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen wiederholte.

Laval zollte einleitend der Politik und der Persönlichkeit Briands anerkennende Worte und erklärte: „Ich bleibe ein Jünger seiner Politik und werde mich bemühen, sie weiter zu verfolgen." Er gab dann einen Ueberblick über die vergangene deutsch-französische Politik von der Rheinlandräumung ab und ging schließlich auf die letzten Ereignisse über. Er zählte in zeitlicher Reihenfolge die Besprechungen auf, die der Reichskanzler in Berlin gehabt hatte. Am 6. Januar sei Francois Poncet von Brüning empfangen worden, der ihm erklärt habe, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die Zahlungen wieder aufzunehmen. Am 7. Januar habe Francois Poncet diese Erklärungen nach Paris gebracht. Am 8. Januar habe der Reichskanzler die gleichen Erklärungen auch dem englischen Botschafter gegenüber abgegeben und am 9. Januar sei in London ein Telegramm eingelaufen, wonach der Reichskanzler erklärt habe, Deutschland zahle nicht mehr. Später habe man dieses Telegramm berichtigt. Am gleichen Tage habe Frankreich protestiert. Am 14. Januar habe der Reichskanzler noch einmal den französischen Botschafter empfangen und ihm seine ersten Erklärungen wiederholt. „Nach diesen Erklärungen", so fuhr Laval fort, „kann man sich über die Absichten der Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein. Brüning annulliert zwar nicht den Youngplan, erklärt aber, daß das Reich auf Jahre hinaus nicht zahlen kann. Frankreich wird niemals auf die Rechte verzichten, die ihm durch die Verträge zugestanden sind und die nur einen Teil der erlittenen Schäden wieder gutmachen. Diese deutsche These ist für uns unannehmbar." Laval verwies auf die Schlußfolgerungen der Baseler Sachverständigen, aus denen hervorgehe, daß Deutschland nach Ueberwindung der Krise einen großen Aufschwung erlebe.

„Diese Schlußfolgerungen ermächtigen uns, eine endgültige Neuregelung der Reparationsfrage zu verweigern, weil die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht nach der augenblicklichen Lage berechnet werden kann. Wir sind bereit, für die Zeit der wirtschaftlichen Krise eine neue Abrede zu treffen. Wir werden daher aber keinerlei Herabsetzungen der Reparationen zustimmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden. Wir werden außerdem stets die Zahlungen des ungeschützten Teiles der Reparationen verlangen. Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allerlei anderen bereit sind, zu machen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diktieren. Die deutschen Methoden haben bei uns keinen Einfluß. Sie stärken im Gegenteil das Gefühl der Würde und der nationalen Selbständigkeit (großer Beifall auf den Bänken der Regierungsmehrheit). Die Aufgabe, die sich Frankreich gestellt hat, kann nur erfüllt werden, wenn die Moral nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet wird.

„In der Abrüstungsfrage bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkerbundspakt stützt. Frankreich nimmt keine Improvisierungen an. Wenn alle Verträge geachtet werden, so ist eine Herabsetzung der Rüstungen möglich. Frankreich wird nicht nur das Beispiel seiner eigenen Abrüstung (?) nach Genf bringen, sondern positiv Vorschläge machen, die vor allem in der Verwirklichung des Schiedsgerichtspaktes bestehen."

Als Laval darauf hinwies, daß Tardieu als Führer der Genfer Abordnung seinen bisherigen Posten nur ungern aufgegeben habe und daß Frankreich keinen besseren Vertreter habe wählen können, entstand auf der Linken anhaltender Lärm. Abschließend erklärte Laval, daß Frankreich in der augenblicklichen Lage kaltes Blut und starken Willen brauche, um seine Aufgabe zu erfüllen. Er sei sich der Verantwortung wohl bewußt. Am Vorabend der Genfer Konferenz sei leider die Regierung nicht so zusammengesetzt, wie er es gewünscht hätte. Die Opposition forderte er mit erhobener Stimme auf, angesichts der schwierigen Lage alle parteipolitischen Gegensätze fallen zu lassen und über die Parteien und über Persönlichkeiten hinweg sich im Interesse Frankreichs und des Friedens zusammenzuschließen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden auf den Bänken der Regierungsmehrheit mit anhaltendem Beifall begrüßt.

Vertrauensantrag für Laval

Paris, 22. Jan. Die Kammerfraktionen der Katholischen Demokraten, der Radikalen Linken, der Sozialen und Radikalen Linken und der Linksrepublikaner haben eine gemeinsame Tagesordnung eingebracht, die von der Regierung zweifelsohne angenommen werden dürfte. Sie lautet: Die Kammer, getreu der Politik internationaler Zusammenarbeit und des organisierten Friedens, bringt der Regierung ihr Vertrauen zum Ausdruck, daß sie die Kontinuität dieser Politik in der Achtung der Verträge sichern wird. Sie billigt die Regierungserklärung, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

„Matin" über Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland

Paris, 22. Jan. Der „Matin" macht Vorschläge für **wirtschaftliche und finanzielle Druckmittel, die Frankreich anwenden müsse, wenn Deutschland die Reparationszahlungen einstelle.** Erstens müsse die Bank von Frankreich sich weigern, den Anfang Februar fälligen **25 Millionen Dollar-Kredit** an die Reichsbank zu erneuern; was gebe Frankreich künftig das Schicksal der Mark an? Zweitens müsse Frankreich sofort den deutsch-französischen **Handelsvertrag vom Jahre 1927 kündigen.** Frankreich könne und müsse gegenüber Deutschland, das sich weigere, seine Verträge einzuhalten, Verfahren einschlagen, wie sie in allen Ländern die Gläubiger gegenüber böswilligen Bankrotteuren anwenden. In den gegenwärtigen Zeiten könne dieses Druckmittel seine Wirkung nicht verfehlen.

Der Eindruck der ergänzenden Lavalerklärungen in Paris

T.U. **Paris**, 22. Jan. Die ergänzenden Erklärungen Lavals zur Tributfrage finden sowohl im Parlament wie in der Pariser Oeffentlichkeit starken Widerhall. Während die nationalistische Mehrheit ihrer restlosen Befriedigung Ausdruck verleiht und vom Ministerpräsidenten die unnachgiebige Durchführung seiner Worte fordert, zeigt sich bei der ausgesprochenen Linken eine immer deutlichere Mißstimmung. Man wirft Laval vor, den Bogen zu überspannen und das Volk in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu stürzen. Man widerspricht ferner der Behauptung Lavals, daß die übrigen Gläubigermächte den französischen Standpunkt teilten und fragt ironisch, ob die Regierung zur Erreichung ihrer Ziele einen Krieg gegen Deutschland führen wolle. Starre Unnachgiebigkeit sei nur dann am Platze, wenn man auch tatsächlich in der Lage sei, alle Machtmittel, einschließlich der militärischen, einzusetzen und die Erfüllung seiner Forderungen rücksichtslos zu erzwingen. Von Zwangmaßnahmen habe Laval wohlweislich geschwiegen. Leere Gesten seien in diesem Augenblick nicht am Platz und man dürfe nicht mit dem Feuer spielen.

In jedem Falle hat Laval mit seinen noch verschärften Ausführungen die Möglichkeiten zu weiteren Verhandlungen sehr erschwert und gewissermaßen die Türe zu einer Verständigung zugeschlagen.

51 Stimmen Mehrheit für Laval

T.U. Paris, 22. Jan. Bei der endgültigen Abstimmung über den von der Regierung unterstützten Entschließungsantrag erzielte die Regierung mit 312 gegen 261 eine Mehrheit von 51 Stimmen. Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut: Die Kammer bleibt der internationalen Zusammenarbeit und der Organisierung des Friedens treu, deren Grundlage die Achtung vor den Verträgen ist. Sie stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Eindruck der Laval-Rede in Berlin

T.U. **Berlin,** 22. Jan. In Berliner politischen Kreisen sieht man aus der ungewöhnlichen Schärfe, durch die sich die Rede des französischen Ministerpräsidenten in der Kammer auszeichnete, daß man in Paris offenbar daran interessiert sei, die Gegensätze möglichst herauszuschälen, statt einen Weg der Einigung zu suchen. Zu dem sachlichen Inhalt der Laval-Erklärungen wird festgestellt, daß die französische Regierung einen formalen Rückzug auf den Youngplan angetreten hat und sich jetzt auf Formalien versteift, wogegen natürlich eine so engstirnige Auffassung über die — wie das Basler Gutachten selbst sagt — „weltweite Bedeutung des deutschen Problems" der wirklichen Sachlage nicht gerecht wird. Unter diesen Umständen hätte der französische Ministerpräsident am wenigsten das Recht, sich auf das Basler Gutachten zu berufen, das ausdrücklich ein gemeinsames Handeln der Regierungen dringend fordert und an mehreren Stellen den Hinweis enthält, daß die Weltwirtschaftskrise durch die Tribute und die internationalen Schulden zum mindesten weitestgehend beeinflußt wird. Gerade dies scheint jetzt die französische Regierung geflissentlich zu übersehen. Ein Moratorium, wie es Laval bestenfalls zugestehen will, könnte nur den Versuch einer Verschleierung, nicht aber eine Heilung der Kriese bedeuten. Wie endlich Laval von Opfern sprechen kann, die Frankreich gebracht habe und noch zu bringen bereit sei, zumal die Pariser Regierung auf der Weiterzahlung der ungeschützten Rate als dem in jedem Falle zu sichernden Reingewinn Frankreichs zu bestehen scheint, ist unerfindlich. Die Hinweise auf die Moral und der Vergleich mit Verträgen im Privatleben sind insofern abwegig, als selbstverständlich auch im Privatleben Verträge unanwendbar werden können, weshalb dann nach Recht und Billigkeit entschieden werden muß. Eine Einigung nach Recht und Billigkeit sei aber gerade das Verlangen der Reichsregierung.

*

Das Echo der zweiten Laval-Rede in den Berliner Blättern

T.U. **Berlin,** 23. Jan. Die neue Rede Lavals wird von den meisten Berliner Blättern eingehend besprochen und dabei allgemein auf die betonte verletzende Schärfe dieser Rede hingewiesen. Die „Germania" sieht in der Rede Lavals nur eine Verschleierung der Tatsache, daß Frankreich jede Führungsmöglichkeit entglitten ist und daß es mit dem Bleigewicht unverstandener Verträge im Troß der Krisenmächte einhermarschiert. Die „Börsenzeitung" sagt, nach dieser Rede sei es klar, daß von Verhandlungen mit Frankreich nichts mehr zu erwarten sei. Es sei nicht die geringste Grundlage für eine Verständigung mehr vorhanden. Der „Lokal-Anzeiger" bezeichnet die Rede als ausfallend und unversöhnlich. Es sei eine Rede a la Poincare gewesen. Die „D.A.Z." schreibt, vor Laval hätten schon ungezählte französische Ministerpräsidenten die gleichen Grundsätze entwickelt, so daß im Grunde nur der heftige Ton besonders festzustellen sei. Die „Vossische Zeitung" meint, die Rede Lavals zeige, daß der Weg zu einer Verständigung nur schwer zu finden und nur langsam zu durchmessen sei. Die „Deutsche Zeitung" hebt hervor, es gebe in Deutschland tatsächlich aus Not und Elend zusammengeschweißt eine täglich erstarkende Front der Tributverweigerung. Diese Front könne man mit der Politik, die Frankreich bis auf diesen Tag betreibe, nur stärken und fester machen. Das „Berliner Tageblatt" bemüht sich um Verständnis für Laval und gibt der Auffassung Ausdruck, daß sich Laval bemüht habe, den französischen Standpunkt so beherrscht zu verteidigen, wie ihm das unter den gegebenen Umständen möglich gewesen sei. Denn er habe im Bewußtsein der bevorstehenden Wahlen gesprochen. Es sei im Augenblick wohl mehr darauf angekommen, durch einen mannhaften Appell an die Nation die Festigkeit der am Ruder befindlichen Regierung darzutun, als entscheidend an den großen politischen Fragen zu rühren. Der „Vorwärts" kommt zu dem Schluß: Die Geistesverfassung, die in den Reden Lavals wie der Sprache seiner Mehrheit zum Ausdruck komme, zeige, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und einer französischen Regierung, die aus dem gegenwärtigen Parlament hervorgegangen sei, sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein dürfte. Laval habe durch seine zweite Rede bestätigt, daß die gegenwärtige französische Regierung eine rein negative Politik betreibe.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Kurze Tagesübersicht

Macdonald hat Laval eingeladen, das Wochenende bei ihm in England zu verbringen, um über die Reparationsfragen eine Aussprache zu halten.

*

Die im englischen Kabinett drohende Krise in der Frage des Zolltarifs wurde durch einen Kabinettsbeschluß umgangen.

*

Die Hetze gegen Deutschland hat in Frankreich mit der Kammerdebatte einen Höhepunkt erreicht, die noch durch eine Meldung des „Matin" über Zwangsmaßnahmen ergänzt wird.

*

Reichswehrminister Gröner sprach sich scharf gegen die französischen Rüstungsmärchen aus, die in Frankreich verbreitet werden und forderte zur Abrüstungskonferenz gleiche Sicherheit für alle!

*

Briand empfing am Freitag vormittag das diplomatische Korps zu einem privaten Abschiedsbesuch.

*

In Indien kam es zu neuen Zusammenstößen. Mehere Polizeistationen wurden von Kongreßanhängern gestürmt. Die Polizei schoß in die Menge. Eine Person wurde getötet und mehere verwundet.

*

Präsident Hoover hat am Freitag das Gesetz über die Anleihe für den inneren Wiederaufbau in Kraft gesetzt.

Englische Einladung an Laval

London, 22. Jan. Im Anschluß an eine Kabinettssitzung veröffentlicht Reuter folgende Informationen: **Der französische Ministerpräsident Laval ist durch Vermittlung der britischen Botschaft in Paris gestern eingeladen worden, während des Wochenendes Macdonald in London zu besuchen; Laval kann jedoch, wie verlautet, noch nicht sagen, ob er kommen wird, ehe er das Ergebnis der Abstimmung über den Vertrauensantrag für seine Regierung in der französischen Kammer kennt.**

Wie Reuter im Zusammenhang mit der Reparationsfrage weiter erfährt, entsprang der gegenüber der deutschen Regierung gemachte Vorschlag einer **Moratoriumsverlängerung,** der, wie bekannt, abgelehnt worden ist, der eigenen **Initiative der englischen Regierung;** der Botschafter in Berlin hat also nicht im Namen der Gläubigermächte gehandelt.

Ueberwundene Kabinettskrise in England

London, 22. Jan. In einer Kabinettssitzung standen die **handelspolitischen Fragen** im Vordergrund. **Eine Einigung** über die zu ergreifenden Maßnahmen **konnte nicht herbeigeführt werden.** Die hierdurch entstandene **Gefahr einer Kabinettskrise** wurde durch einen **grundsätzlichen Beschluß,** der auch für die Zukunft von großer Tragweite sein wird, **abgewandt.** In einer offiziösen Erklärung wird hierüber mitgeteilt, **das Kabinett konnte zwar zu keiner einmütigen Stellungnahme zu dem Bericht über die Handelsbilanz gelangen, ist aber tief durchdrungen von der überragenden Bedeutung der Aufrechterhaltung der nationalen Einigkeit angesichts der schweren Probleme, mit denen die ganze Welt zu tun hat. Das Kabinett kam daher zu dem Schluß, daß eine Aenderung der bisherigen Praxis der Ministerberatungen notwendig sei. Darnach wird es den Ministern, die nicht in der Lage sind, sich in Zoll- und ähnlichen Fragen der Mehrheit ihrer Kollegen anzuschließen, freistehen, ihre Meinung mündlich und bei der Abstimmung zu äußern.** Das Kabinett, das in allen anderen politischen Fragen geschlossen ist, glaubt mit dieser Aenderung dem Willen der Nation am besten zu entsprechen.

Gröner über die Abrüstung

Mailand, 22. Jan. In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondent des Popolo d'Italia erklärte Reichswehrminister **Gröner,** Deutschland werde in Uebereinstimmung mit der von Mussolini im Okt. 1931 erhobenen Forderung auf der Abrüstungskonferenz **die Aufhebung des rechtlichen Unterschiedes zwischen Siegern und Besiegten des Weltkrieges verlangen.** Es werde deshalb bestrebt sein, diejenigen Methoden, nach denen es selber im Versailler Vertrag abgerüstet worden ist, zur Grundlage der Konferenz zu machen. Der französischen Sicherheitsthese: Erst Sicherheit, dann Abrüstung! müsse Deutschland den Grundsatz gegenüberstellen **„Durch Abrüstung zur Sicherheit!"** Deutschland fordere die allgemeine Abrüstung bis auf den in den Friedensverträgen festgesetzten Stand. Zu den Behauptungen über **deutsche Geheimrüstungen** erklärte der Reichswehrminister: Es sei völlig unsinnig zu glauben, Deutschland habe in wenigen Jahren seit 1927 im Geheimen eine neue Kriegsrüstung schaffen können. Alle Gerüchte über eine sogenannte Investigation hält der Reichswehrminister für falsch. Eine Methode, die nur dazu geschaffen sei, die Besiegten des Weltkrieges weiter niederzuhalten und zu entrechten, könne heute nicht mehr angewandt werden. Minister Gröner sprach zum Schluß die Hoffnung aus, **daß Italien und Deutschland zu einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz zusammenarbeiten können;** denn sie seien sich einig in dem Gedanken, daß eine wirkliche und radikale Abrüstung notwendig sei, um der Welt den Frieden wiederzugeben, der heute bei dem Geklirr der Waffen entflohen zu sein scheine.

Kundgebung der deutschen Hochschulen zur Abrüstungsfrage

Berlin, 22. Jan. Zur Abrüstungsfrage erläßt der Verband der Deutschen Hochschulen eine **Kundgebung „An die gesamte Weltöffentlichkeit",** worin es unter Hinweis auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz u. a. heißt:

Durch die einseitige Entwaffnung Deutschlands und seiner einstigen Verbündeten ist der **Grundsatz der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit verletzt worden.** Deutschlands Entwaffnung ist nur eine Vorleistung. Alle Unterzeichner des Versailler Vertrages haben sich feierlich verpflichtet, auf dem Wege der Abrüstung Deutschland nachzufolgen. Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker verlangt, daß nicht einem Teil der Staaten Dinge verboten werden, die dem anderen erlaubt sind, daß nicht einzelne Staaten in ihrer Militärhoheit beschränkt sind, während andere Rüstungsfreiheit haben.

An alle Völker und Regierungen richten wir deshalb die Mahnung, sich nicht mit Abrüstungsmaßnahmen zu begnügen, die keine wahre Abrüstung bringen, sondern nur den heutigen Zustand der Ungleichheit verewigen. Der von der vorbereitenden Abrüstungskommission gegen die Stimme Deutschlands angenommene Entwurf zu einer Abrüstungskonvention kann niemals zu einer wirklichen Abrüstung führen. **Die Abrüstungskonferenz kann nur dann zu einem segenreichen Ergebnis gelangen, wenn sie sich die Unterordnung der Gewalt unter das für alle Völker gleiche Recht zum Ziele setzt.**

Die Fürstenabfindung

im Rechtsausschuß des Reichstages

Berlin, 22. Jan. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die allgemeine **Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag auf Revision der Fürstenabfindungsverträge fortgesetzt.** Der deutschnationale Abgeordnete Dr. **Everling** warnte davor, die Fackel der Hetze gegen die Fürstenhäuser erneut in unser Volk hineinzuschleudern. Wenn der Reichstag sich wiederum mit der Frage der Wegnahme des den Fürstenhäusern Verbliebenen beschäftigt, so heiße es, daß er keine fruchtbare Arbeit leisten könne. Es handle sich hier um nichts anderes als um ein agitatorisches Manöver zur Ablenkung von der marxistischen Mißwirtschaft. Abg. **Seeger** (Soz.) erklärte, nach diesen Ausführungen müßte man die Einbeziehung der Fürsten in die Winterhilfe erwägen. Der Redner betonte dann, daß der Vertrag mit den Hohenzollern unter finanziellen Voraussetzungen geschlossen worden sei, die heute nicht mehr beständen. In hohem Maße bestehe das Bedürfnis nach einer Neuregelung auch in anderen Ländern. Der Redner erinnerte an die Urteilssprüche in Rostock und Weimar, die angesichts der heutigen Notlage für die Bevölkerung ungeheuerlich seien. Abg. Dr. **Schetter** (Z.) erklärte, man könne diese Frage nicht so mit einer Handbewegung beiseite schieben, wie der Abgeordnete Everling es gefordert habe. Abg. **Schmid-Düsseldorf** (D.Vp.) vermißte das Material für die Begründung des Antrages. Der Antrag selbst enthalte die Ermächtigung zur Kabinettsjustiz. Nach weiterer Aussprache wurde dann vom Ausschuß **mit 11 gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, die Regierung um beschleunigte Beibringung des Materials zu ersuchen und die Ausschußberatungen dann fortzusetzen.**

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[12

Der alte Herr schüttelte den Kopf.

„Wenn man an jeder Sache so lange klügeln wollte, bis sie das Gesicht erhält, das man sehen will, nun, dann käme wohl im Leben so manches nicht zustande. Wiederum haben Sie recht. Ich an Ihrer Stelle hätte aber nicht so lange gedeutelt. Sie sind sehr reich und Sie sind überall begehrt. Wenn die Kleine sie lieben könnte, wäre doch alles gut?"

„Das wird aber nicht sein, verlassen Sie sich darauf. Im Gegenteil, Elme von Dörring haßt mich, weil ich den Dörrings die Heimat nahm."

„Das", machte der alte Herr ärgerlich, „das ist köstlich. Dann wäre es doch am Ende besser, man fände eine Klausel, die es ermöglicht, Elme schon jetzt in den Genuß Werdenbergs zu setzen. Dann wird sie mit einem Schlage anders über Sie denken, Herr von Rheinsbergh."

„Nein, sie soll ruhig schlecht von mir denken."

Justizrat Herrberg nahm den goldenen Kneifer ab.

„Ja?" fragte er ganz verdutzt.

„Ja, Herr Justizrat! Es ist besser so. Und Ihren Vorschlag will ich mir tatsächlich noch einmal reiflich überlegen."

Die Herren sprachen noch einige freundliche Worte miteinander, dann verabschiedete sich Rheinsbergh ziemlich hastig. Der alte Herr blickte ihm lächelnd nach.

„Die beste Lösung wäre es, die allerbeste Lösung", sagte er leise vor sich hin.

* * *

Rheinsbergh besuchte nicht erst die Löwenrieds, sondern er fuhr mit seinem Auto, das er selbst steuerte, direkt nach Hause.

Als der Wagen Werdenberger Gebiet erreichte, hielt Rheinsbergh. Langsam stieg er aus, langsam ging er zu der alten Familiengruft auf dem kleinen Dorffriedhof. Lange blickte er auf Marias Grab, über das der Wind lind strich. Eine warme, ungesunde Luft war es, die dieser Februartag mit sich brachte. Und ganz grau verhangen war der Himmel. Ein Kreuz aus lauter weißen Rosen lag auf Marias Grab. Er hatte es vor einigen Tagen hergetragen. Maria hatte weiße Rosen so sehr geliebt. Und nun, da er wieder daheim war, sollte sie diesen Gruß immer erhalten. Der alte Eckard, der Totengräber, hatte ihm gesagt, daß das gnädige Fräulein von Dörring der gnädigen Frau immer selbstgewundene Kränze aufs Grab gelegt habe in all den Jahren. Seit Wochen sei sie aber fort, und er habe sich schon gewundert. Sie sei sonst jede Woche einmal gekommen.

Eine ganze Weile stand Dietrich von Rheinsbergh, in Nachdenken versunken, da; dann ging er langsam wieder dem Ausgang des Friedhofes zu.

Im Dahinschreiten dachte er an den Pächter von Werdenberg, der erst dieser Tage um Verlängerung des Pachtvertrages gebeten hatte. Das ging nun unter keinen Umständen, dem Manne diesen Gefallen zu tun, denn über der nächsten Zeit schwebte Ungewißheit. Es konnte trotz seiner Abwehr heute beim Justizrat eben doch in den nächsten Monaten ein Ereignis eintreten, das ihn nachher dem Pächter gegenüber in eine schiefe Lage brachte. So war es schon besser, der Mann wußte beizeiten, daß seines Bleibens in Werdenberg nicht mehr von allzulanger Dauer sein konnte.

Elme von Dörring — Maria von Dörring! Der süße Liebreiz und die leise Schwermut der Dahingeschiedenen verschmolzen sich mit der strahlenden Schönheit und Jugendfrische der Lebenden.

Dietrich von Rheinsbergh stöhnte leise auf.

„Maria, warum haßt mich Elme? Wird sie mich auch noch hassen, wenn sie weiß, daß ich niemals nach ihrem geliebten Werdenberg eigennützig getrachtet habe? Oder hat Hans von Dörring es fertiggebracht, dich deinem Kinde gegenüber zu verleumden? Und damit auch mich? Und stammt Elmes Abneigung von dort her?"

Niemand gab ihm Antwort.

Und niemand gab ihm Antwort, als er am Abend in Rheinsbergh allein an der gemütlich gedeckten Tafel saß und verzweifelt das Schicksal befragte, ob es denn wirklich Einsamkeit bis an sein Lebensende für ihn bestimmt habe?

Aber wenn er dann die nächsten Tage stolz und aufrecht über die Felder schritt, dann merkte es keiner, wie einsam er sich in der Heimat fühlte. Und Dietrich verwarf zum soundso vielten Male den Gedanken, sich Elme von Dörring zu nähern.

„Es hätte keinen Zweck, ich bin zu alt für sie."

Das war und blieb das Endergebnis seiner geheimen Erwägungen. Denn Dietrich von Rheinsbergh wußte jetzt schon ganz genau, daß er die kleine Elme liebte, die ihm so abwehrend gegenüberstand.

„Und wenn ich töricht genug wäre, mein Alter zu vergessen, niemals würde sie meinen Antrag annehmen."

* * *

Die Wochen vergingen. Elme war noch immer bei Frau von Löwenried. Als sie ihre Absicht geäußert hatte, nach dem Efeuhause zurückkehren zu wollen, hatte Frau von Löwenried sehr entschieden mit dem Kopf geschüttelt.

„Du wirst schon noch ein Weilchen hierbleiben müssen, Elme. Wir lassen dich noch nicht fort, dazu haben wir dich nämlich viel zu lieb, und dein Vormund wünscht es auch, daß du bleibst. Ich hoffe, daß du dich also noch ein wenig von uns verwöhnen läßt. Du kannst ja im Sommer, wenn die Sehnsucht ganz groß wird, ruhig ein paar Wochen nach Hause fahren, falls du es doch am Ende nicht vorziehen solltest, mit mir und meinen Mädels nach Zoppot zu gehen."

Frau von Löwenried hatte sehr bestimmt, aber doch liebevoll gesprochen. Elme küßte ihr dankbar die Hand; dann fiel sie ihr einfach um den Hals.

„Tante, warum seid ihr nur alle so furchtbar gut zu mir?"

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wunderwerk der Wissenschaft in 3457 Meter Höhe.

Das neuerbaute Observatorium auf dem Jungfraujoch stellt eines der kühnsten Unternehmen der internationalen Wetterwissenschaft dar. In einer Höhe von 3457 Metern über dem Meeresspiegel leben hier einige Forscher wochenlang von der Umwelt abgeschlossen nur für ihre Beobachtungen. Die Baumaterialien und die wissenschaftlichen Geräte mußten unter größten Schwierigkeiten von geübten Bergsteigern Stück für Stück heraufgebracht werden.

Baden

Die bad. Wirtschaft im vierten Vierteljahr 1931

Mannheim, 21. Jan. Der Badische Industrie- und Handelstag, in dem die sieben badischen Handelskammern vereinigt sind, veröffentlicht jetzt seinen Bericht über die Wirtschaftslage in Baden im vierten Vierteljahr 1931. Das Berichtsvierteljahr, so heißt es dort, ist ein Spiegelbild der wirren ungeklärten und unsicheren Verhältnisse, wie sie in einer hochqualifizierten und vielseitigen Fertigfabrikate-Industrie als Folge einer völligen Desorganisation der Geld-, Kapital- und Warenmärkte auftreten müssen. Tendenzen saisonmäßiger Belebung kreuzen sich mit der durch die Preissenkungsaktion hervorgerufene Zurückhaltung der Käufer; Flucht des Konsumenten in die Sachwerte mit Notverkäufen durch Krediteinschränkung und zu hohe Zinslasten; festfrieren von Guthaben durch inner- und außenpolitische Maßnahmen mit der Verschärfung von Zahlungs- und Lieferbedingungen, besonders auf dem Markte der landwirtschaftlichen Produkte und der Schwerindustrie; schleuderhafte Warenangebote mit langen Lieferfristen, verursacht durch zahlreiche Stillegungen; zeitweise Ueberarbeit infolge der Voreindeckung des Auslandes mit der Schließung von Betrieben infolge der völligen gegenseitigen Abriegelung aller europäischen und außereuropäischen Märkte durch Einfuhrsperren, Devisensperre usw. Auch in den Berichten der badischen Unternehmungen kommen diese einander scharf entgegengesetzten Strömungen zum Ausdruck. Das Gesamtergebnis der Berichtsperiode wird dadurch beeinflußt, daß zahlreiche Wirtschaftszweige „Saison" hatten. Leider blieb allerdings deren Ausmaß fast ausnahmslos erheblich hinter dem des Vorjahres zurück. Die Kurzarbeit, das äußere Kennzeichen der Schrumpfung wirtschaftlicher Betätigung, ging zeitweise zurück, aber sie verschwand nie ganz. Charakteristisch für die Umwandlung gehorteter Geldmengen in Sachwerte ist, daß sogar die **Bauindustrie** aus dem Oberländer-Bezirk eine gewisse auf diese Ursache zurückzuführende Belebung in dieser für sie sonst toten Zeit melden konnte. Die gleiche Tendenz verspürten auch die kleineren Unternehmungen der Möbelindustrie und gewisse Zweige des Einzelhandels, bei welchen das Weihnachtsgeschäft die allerdings geringen Hoffnungen vielfach übertroffen hat. Bei der Pforzheimer **Bijoutericindustrie** verstärkten Bestellungen, vor allem aus England, die saisonmäßige Steigerung des Beschäftigungsgrades. In der Schwarzwälder **Uhrenindustrie** führte das Herbstgeschäft zur Vollarbeit, wenn auch mit verminderter Belegschaft. In der Näh- und Stickseidenfabrikation waren die Betriebe voll beschäftigt, ebenso in den Spinnereien und Zwirnereien. Dagegen sind die gesamte Eisen- und Metallindustrie, die Industrie der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere die Brauereien und Mühlen schlecht beschäftigt. Das gleiche gilt von der Holzindustrie, der Lederindustrie, der Papierindustrie und der gesamten Bau- und Baubilfsindustrie. Der Zahlungseingang ist außerordentlich schlecht. Durch Entwertung verschiedener Währungen wurden z. T. erhebliche Verluste an Außenständen erlitten. Die allgemeine zur Anpassung von der Reichsregierung eingeleitete Senkungsaktion der Löhne, Preise und Kosten hat bisher eine Angleichung an die Länder mit Währungsentwertung nicht gebracht. Ein deutliches Zeichen für die Wirtschaftsschrumpfung sind die Berichte aus dem Großhandel, der Rheinschiffahrt und der Spedition. In der Hotelindustrie entsprach das Herbstgeschäft der allgemeinen Lage. Auf dem Hypothekenmarkt ruht das Beleihungsgeschäft vollständig. Ein erschreckendes Bild geben die Ziffern der Insolvenzen, die z. T. das vielfache der gleichen Zeit des Vorjahres betragen. Die Arbeitslosenziffern liegen Ende Dezember 1931 über dem gleichen Termin des Vorjahres und zwar in Baden um 36,3 Prozent.

Das Projekt der Rheinregulierung Basel-Konstanz

Freiburg i. Br., 21. Jan. Der Oberbadische Architekten- und Ingenieur-Verein veranstaltete in der Universität einen Vortragsabend, bei dem Handelskammersyndikus **Braun**-Konstanz als Geschäftsführer des Rhein-Schiffahrts-Verbandes mit Lichtbildern über den „Neuesten Stand der Projekte des Ausbaues der Oberrheinstrecke von Basel bis zum Bodensee" sprach. Der Redner führte dabei u. a. aus, es handle sich hier um die Erschließung uns von der Natur geschenkter gewaltiger Wasserkräfte, die äußerst wertvoll und billig seien. Bei dem heutigen Stand der Technik sei es verhältnismäßig einfach, diese Kräfte nutzbar zu machen. Man könne mit einem Kostenaufwand von etwa 80 Millionen RM. einen 200 Kilometer langen Schiffahrtsweg schaffen. Fünf Wasserkraftwerke seien bereits am Oberlauf erstellt worden. Die größte Schwierigkeit biete die Umgehung des Rheinfalls bei Schaffhausen durch einen Seitenkanal. Umfangreiche Erhebungen der interessierten deutschen und schweizerischen Verbände hätten ergeben, daß rund 2,5 Millionen Tonnen Güter jährlich auf diesem Großschiffahrtsweg befördert würden und daß dadurch mindestens fünf Millionen RM. an Frachten pro Jahr erspart würden. Der Redner sprach auch von dem französischen Rheinseitenkanal, dessen sieben Kilometer langes Stück Kembs-Basel voraussichtlich noch im Mai ds. Js. eröffnet wird. Die Gesamtenergie-Erzeugung bei den geplanten 13 Kraftwerken am Oberrhein werde auf 4 Milliarden KW. geschätzt, dabei würden die Stromerzeugungskosten 1 bis 1,5 Pfg. pro KW. nicht übersteigen. Im Zusammenhang damit streifte der Redner noch die Bodenseeregulierung, die drei Vorteile biete. Einmal könnten die Hochwassergefahren beseitigt werden, dann könne man einen für die Rheinschiffahrt günstigen Abfluß schaffen und endlich könne der Bodensee als Wasserreservoir dienen. Die interssanten Ausführungen wurden durch eine Reihe guter Lichtbilder ergänzt.

Verschärfte Bewachung der badisch-schweizerischen Grenze

Wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet ist seit Monatsmitte ein verstärkter **Grenzschutz an der schweizerisch-badischen Grenze** eingeführt worden. Auch wurden besondere Anordnungen für eine schnelle Aburteilung derjenigen Personen getroffen, die die schweizerische Grenze ohne Erlaubnis überschreiten. Die Maßnahmen sind darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit die Versuche, die badisch-schweizerische Grenze unerlaubt zu überschreiten, außerordentlich zugenommen haben, was naturgemäß auf die zunehmende Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückzuführen ist, die nicht nur Deutsche, sondern auch in Deutschland lebende fremde Staatsangehörige veranlaßt, ihr Glück anderswo zu suchen. In Basel wird mit dieser Zunahme der unerwünschten Grenzgänger das Anwachsen der Kriminalität, die gerade in den letzten Wochen eine beängstigende Zunahme erfahren hat, in Zusammenhang gebracht. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß bei den zahlreichen Raubüberfällen und insbesondere Einbrüchen in Juweliergeschäfte soweit die Täter ermittelt werden konnten, deutsche Staatsangehörige als Täter nicht in Frage kamen.

Karlsruhe, 22. Jan. (Notgemeinschaft.) Für die hiesige Notgemeinschaft waren bisher 480 Werberinnen und Werber ehrenamtlich tätig. Man rechnet von heute mit einem Gesamtergebnis der Winternothilfe (Spenden in Bargeld und Waren) von über 155 000 RM. Die Gesamtzahl der gemeldeten Hilfsbedürftigen umfaßt einen Personenkreis von rund 30 000 Köpfen. Bisher wurden drei Verteilungen durchgeführt und bis zum 9. Januar rund 24 000 Essen abgegeben.

Karlsruhe, 22. Jan. (Zahlungseinstellung.) Die Tuchgroßhandlung J. Aron in Karlsruhe hat ihre Zahlungen eingestellt. Zahlenmäßig betragen die Debitoren 39 200 RM., als uneinbringlich müssen 24 138 RM. abgeschrieben werden, von dem Rest sind 10 000 RM. zediert, so daß nur, nachdem weitere 20 Prozent abgeschrieben werden, 4000 RM. aktivisiert werden können, wozu noch 3302 RM. Waren kommen. Insgesamt betragen die Aktiven 9900 RM., denen 43 873 RM. Passiva gegenüberstehen. In der Masse liegen also nur 20 Prozent, bei einer außergerichtlichen Regelung werden 30 Prozent geboten.

Karlsruhe, 22. Jan. (Personelles.) Im Bereich des Finanzministeriums wurden ernannt zu Oberforsträten der Forstrat Heinrich Seyb in Donaueschingen und Forstrat Karl Sachs in Ettenheim; zu Oberrechnungsräten Ministerialrechnungsrat Ernst Löffler beim Finanzministerium und Rechnungsrat Adolf Nüßle bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums. Domänenrat Johann Ehrler in Bruchsal wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Gemmingen b. Bretten, 22. Jan. (Tödlicher Unfall.) Das 3jährige Söhnchen des Schneidermeisters Adam Pfäffle wurde von einem aus Heilbronn kommenden Auto überfahren. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe war das Kind nicht mehr zu retten; es ist wenige Stunden später im Eppinger Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Heidelberg, 22. Jan. (Washington-Gedenkfeier.) Die Vereinigten Staaten feiern am 22. Februar 1932 im ganzen Lande den 200. Geburtstag ihres ersten Präsidenten George Washington. Auch in deutschen Städten werden sich die amerikanischen Bürger mit deutschen Freunden Amerikas zusammenfinden, um diesen Gedenktag festlich zu begehen. Die Universität Heidelberg plant eine Washington-Feier am 3. Februar.

Großsachsen b. Weinheim, 22. Jan. (Tödlicher Sturz.) Der 34 Jahre alte Landwirt Hans Schröder stürzte beim Holzholen vom Wagen und zog sich schwere innere Verletzungen zu, die den Tod zur Folge hatten. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit zwei unmündigen Kindern.

Baden-Baden, 22. Jan. (Aufwertung einer 2-Millionen-Anleihe.) Der Stadtrat hat mit der „Allianz und Stuttgarter Verein A.-G." ein Aufwertungs-Abkommen abgeschlossen. Es handelt sich um eine Verpflichtung aus dem Jahre 1916. Damals erhielt die Stadt von der genannten A.-G. ein Darlehen in Höhe von 2 Millionen Mark. Nach einem vorausgegangenen gerichtlichen Verfahren setzten Vergleichsverhandlungen ein mit dem Ergebnis, daß das Kapital von 2 Millionen zu 16 Prozent in Höhe von 320 000 RM. aufgewertet wird. Hiervon gehen ab bereits geleistete Rückzahlungen auf Grund eines Urteils des Oberlandesgerichts mit 50 644 RM. und kommen hinzu Hypothekenzinsen im Betrage von 87 357 RM., so daß sich eine Gesamtsumme von 356 713 RM. ergibt. Dieser Betrag ist ab 1. Januar 1932 mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen und mit 3 Prozent beginnend zu tilgen.

Sinsheim, 22. Jan. (4 Scheunen eingeäschert.) Am Mittwoch abend wurden in Ittlingen vier große, mit Futtervorräten gefüllte Scheunen innerhalb kurzer Zeit in Asche gelegt. Mit knapper Not gelang es, die Wohngebäude zu retten. Der Schaden wird auf weiter über 50 000 RM. geschätzt. Brandstiftung wird vermutet.

St. Georgen, 22. Jan. (Betrügerin entlarvt.) Hier wurde die Frau eines Ladeninhabers festgenommen, die sich in mehr als 30 Fällen Wechselfälschungen zuschulden kommen ließ und andere betrügerische Manipulationen vornahm. Auf diese Weise gelang es ihr, annähernd 8000 RM. zu erbeuten.

Titisee, 22. Jan. (Nur noch Eislaufsport.) Die Wetterentwicklung hat im ganzen Schwarzwald die Schneedecke nahezu vernichtet, so daß an die Ausübung des Skisports und des Rodelsports zur Zeit nicht gedacht werden kann. Dagegen bietet der Titisee eine spiegelglatte, sehr gut tragbare Eisfläche und ladet zur Ausübung des Eislaufsports ein.

Basel, 22. Jan. (Kommunistischer deutscher Agitator.) Ein deutscher kommunistischer Agitator war in sinnlos betrunkenem Zustande in Basel aufgefunden worden und von zwei Sicherheitswächtern in Arrest verbracht worden. Da er aus der Schweiz ausgewiesen war, so wurde er wegen Bruchs der Ausweisung zu einer Haftstrafe verurteilt. Die Ausweisung war erfolgt, weil er wegen eines schweren Raubüberfalls in der Schweiz rechtskräftig verurteilt worden war.

Kaiserslautern, 22. Jan. (Mordversuch?) Wie die Polizeidirektion mitteilt, wurde am Abend des 19. Januar in das Privatzimmer des Anwesens des früheren Direktors der Nähmaschinenfabrik Kayser, Feldmüller, aus einer Selbstladepistole ein Schuß abgegeben, der durch das Fenster in das Mauerwerk eindrang. Bis jetzt konnte man des Täters noch nicht habhaft werden.

*

Heilbronn, 22. Jan. (Wieder in Betrieb.) Die hiesige Nahrungsmittelfabrik der Kaiser-Otto A.-G., die vor einigen Jahren unter gleichzeitiger Verlegung der Verwaltung nach Berlin stillgelegt wurde, wird durch den früheren Vorstand und Gründer, Kaiser, demnächst wieder in Gang gesetzt. Durch mangelnde Geschäftskenntnis, unglückliche Verquickung mit sonstigen Konzerninteressen und Verluste in seinen Bankunternehmungen hat der Berliner Aufsichtsrat die Gesellschaft vollständig ruiniert, so daß Herr Kaiser sich im vorigen Jahre gezwungen sah, von seinem Vorstandsamt zurückzutreten. Von der Inhaberin der ersten Hypothek auf die verschiedenen Betriebe ist im Oktober 1931 die Zwangsverwaltung zunächst über den Heilbronner Betrieb verhängt worden. Aus dieser geht er nun pachtweise an Kaiser über, der es versuchen will, unter neuer Firma, gestützt auf das 30jährige Renommee seiner Erzeugnisse, seine alte Kundschaft zurückzugewinnen.

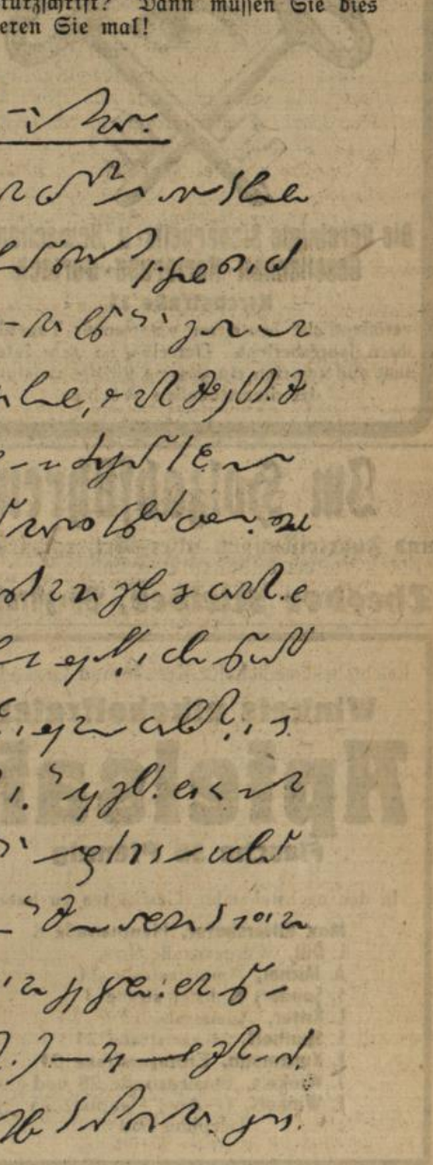
Der eine Pfennig

Die Deutsche Reichspost ehrt den Pfennig nicht. So schreibt das Stuttgarter Neue Tagblatt. Das neue Briefporto ist auf 12 Pfg., das neue Doppelporto auf 25 Pfg. festgesetzt. Nach dem berühmten Adam Riese ist aber 12 mal 2 gleich 24. Wer also in Zukunft auf einen Brief, der etwas mehr als 20 Gramm wiegt, aus alter Gewohnheit zwei gewöhnliche Briefmarken klebt (15 mal 2 war tatsächlich 30, da stimmte die Rechnung) der wird das Folgende erleben: hat er den Absender vermerkt so fügt die Post den fehlenden Pfennig nach und läßt ihn dann nachträglich durch den Briefträger einkassieren. Ist kein Absender angegeben, muß der Empfänger zwei Pfg. Strafporto zahlen. Verweigert er die Annahme, so geht der Brief zur Oberpostdirektion, der Absender wird festgestellt, und nach etwa vier Tagen kommt der Brief dann unverrichteter Sache zurück. Ich kenne die Gründe nicht, warum man nach oben abgerundet hat. Obwohl man sich vorgenommen hat, mit dem Pfennig zu rechnen, steckt die alte Großzügigkeit noch zu sehr im Blut. Wozu hat man aber dann das geheimnisvolle Vierpfennigstück geschaffen? Man hätte jedoch auch nach unten abrunden können. 20 Pfg. wäre reichlich genug für einen Brief, der weiter keine Arbeit macht als ein gewöhnlicher Brief und bloß einige Gramm, vielleicht nur ein einziges Gramm, mehr wiegt. In Oesterreich kostet ein gewöhnlicher Brief 20 Groschen (gleich 12 Pfg.), ein Doppelbrief 30 Groschen (gleich 18 Pfg.). Nach dieser Rechnung genügten bei uns für den Doppelbrief 18 Pfg. Es handelt sich nur um einen Pfennig, aber es ist ein ärgerlicher Pfennig: es ist der Pfennig, den man verlernt hat zu sparen.

Stenographische Ecke

Halloh!!

Schreiben Sie Einheitskurzschrift? Dann müssen Sie dies übersetzen können! Probieren Sie mal!



Wer in der Lage ist, den vorstehenden Aufsatz in Langschrift zu übertragen, wird gebeten, dies gleich zu tun und in einem Umschlag mit der Aufschrift „Einheitskurzschirft" an den Stenographenverein zu Händen des Herrn Fritz Ungeheuer, Durlach, Bismarckstraße Nr. 1, einzusenden. Briefe, durch die Post befördert, müssen richtig frankiert sein. Letzter Tag der Einsendung ist der 31. Januar 1932. Auf der Uebertragungsarbeit ist die genaue Adresse und der Beruf anzugeben. Korrigierte Arbeiten werden zurückgesandt, wenn Freiumschlag beigefügt.

Die Namen derjenigen, die die Aufgabe fehlerfrei gelöst haben werden im „Durlacher Tageblatt" veröffentlicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß uns unsere liebe Schwester, Schwägerin, Braut und Tante

Frieda Cramer

unerwartet rasch durch den Tod entrissen wurde.

DURLACH-AUE, 23 Januar 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Trauerhaus: Lindenstraße 16.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar nachmittags 2 Uhr statt.

Bruchleidende!

Kommen Sie zu mir; ich lege Ihnen meine Bandage an, damit Sie **an sich feststellen, daß** meine **von unten** wirkende, durch 2 deutsche Reichs-Patente geschützte

Reform-Kugelgelenk-Bandage

Ihre Brüche — auch schwere — **sicher zurückhält!** Bücken, Strecken, Husten, Heben etc. muß Sie überzeugen, daß die Lieferung von über **11000 Stück** in kurzer Zeit wohl begründet ist. Ohne Feder, Gummi od. Schenkelriemen, bequem u. unauffällig. Aerztl. begutacht. u. empfohl. Täglich Dankschreiben **Bruchleidende, Blinddarmoperierte und Interessenten (bei. Korpulente) für Maß-Leibbinden und Herrengürtel** (Figurverbesserer) wenden sich kostenlos am **Mittwoch, 27. Jan.** in **Karlsruhe** Hotel Lutz am alten Bahnhof von 2—6 Uhr an den Erfinder und Alleinhersteller: **Paul Fleischer, Freisbach**/Pfalz, handelsgerichtl. eingetrag. Spezial-Bandagen-Fabrik.

Ev. Kirchengemeinde Durlach.

Am **Dienstag, den 26. Januar 1932,** abends 8 Uhr, wird

Herr Pfarrer Waldburger aus Basel

in der evangelischen **Stadtkirche** in Durlach einen Vortrag halten über das Thema;

Wie Zwingli die religiöse u. soziale Not seiner Zeit anfaßte und was er uns für die Weltnot von heute zu sagen hat.

Alle evangelischen Gemeindeglieder werden zu diesem Vortrag herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Etwaige Ueberschüsse der Kollekte kommen den Armen unserer Gemeinde zu gut.

Evangelischer Kirchengemeinderat:
Lic. Lehmann.

Die Vereinigte Sicherheits- u. Bewachungs-Gesellschaft Karlsruhe-Durlach
— **Kirchstraße 13** —
veröffentlicht heute im »Durlacher Tageblatt« ihren Jahresbericht. Derselbe ist sehr interessant und zugleich ein Beweis für die Leistungen der diensttuenden Wächter.

Im Holzabführen

und Fuhrleistungen aller Art, empfiehlt sich bei billigster Berechnung.

Theodor Kleiber, Pfinzstraße 92.

Leicht bekömmlich für Kranke und Gesunde ist

Winkels alkoholfreier

Apfelsaft

Flasche 35 Pfennig

In den nachstehenden Geschäften zu haben:

Max Rittershofer, Hauptstraße 8
L. Dill, Werderstraße 9
A. Michel, Amalienstraße 24
S. Sauder, Karlstelcstraße 3
L. Ritter, Auerstraße 13
E. Spatheif, Mozartstraße 24
F. Kunzmann, Ettlingerstraße 34
J. Winkels, Blumenstraße 28 und
E. Winkels, D.-Aue, Hauptstr 75
Telephon 660

Heinrich Dennig
Schneidermeister
Durlach Leopoldstr. 6
empfiehlt
nach Erlernung des neuesten Zuschneide-Reform-Systems seine feine Maßschneiderei
Preise gesenkt

Abonnenten, kauft bei unseren Inserenten!

Badisches Landestheater

Samstag, 23. Januar
*E 15 Th.-Gem.
1301—1400
Neu einstudiert

Die Heirat wider Willen

Von Molière
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ervig, Seiling, Kratzer, Ernst, Kienscherf, Luther, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck.

Hierauf
Neu einstudiert

Der Misanthrop

Von Molière
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Ervig, Dahlen, Ernst, Kienscherf, Kuhne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze.

Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr.
Preise A (0.60—3.50 ℳ)

Sonntag, 24. Januar
Nachmittags:
7. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Im weißen Rößl

Singspiel von Ralph Benatzky.
Dirigent: Schwarz.
Spielleitung: Herz.
Mitwirkende:
Blank, Genter, Jank, Seiberlich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmecke, J. Grötzinger, Höcker, Hospach, Kalnbach, Kloeble, Luther, Mehner, P. Müller, Prüter, Hölzer, G. Grötzinger, Jung, Kilian, Kleinbub, Kuhr, Lindemann, Meyer, H. Müller, Nagel, Sonntag.

Anfang 15 Uhr
Ende 18 Uhr.
Preise (0.50—3.50 ℳ)

Abends:
*B 16 Th.-Gem.
301—400

Tosca

Von Puccini.
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Haberkorn, Reich-Dörich, J. Grötzinger, Hospach, Kalnbach, Löser, Rentwig, Oerner.

Anfang 20 Uhr
Ende 22.15 Uhr.
Preise E (1.00—6.30 ℳ)

Im Städtischen Konzerthaus

Sonntag, 24. Januar

Der Vetter aus Dingsda

Operette von Ed. Künneke
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trenck
Mitwirkende:
Genter, Jank, Seiberlich, Ernst, Kloeble, Luther, Müller P., Prüter, H. Müller.

Anfang 19.30 Uhr
Ende nach 22 Uhr
I. Parkett 2.60 ℳ.

Parkschlößle

Samstag

Kostümfest!

Sonntag u. Mittwoch

Faschings-Tanz

An-stricken

Aufmaschen und Anfußen sämtl. Strümpfe erhalten Sie schnellstens bei

Paul Burchard
Durlach
Hauptstraße 56a

---

1 Topf mit Deckel grau Email, 22 cm	90 ₰	**1 Bd. Milchtöpfe** (6 Stück) zusammen	90 ₰
1 Waschschüssel oval, weiß, mit Napf	90 ₰	**1 Stahlpfanne** mit Holzgriff, 24 cm	90 ₰
1 Milchtopf schönes Dekor, 2 Liter	90 ₰	**1 Waschschüssel** Steingut, 32 cm	90 ₰
1 Kaffeekanne bunt	90 ₰	**1 Wärmflasche**	90 ₰
1 Salatseiher weiß Email	90 ₰	**1 Kranzform** mit 3 Böden	90 ₰
1 Stielkasserolle 18 cm, Aluminium	90 ₰	**1 Schrubber, 1 Stiel, 1 Putztuch** zusamm.	90 ₰
1 Milchtopf 2 Liter, Steingut	90 ₰	**1 Klosettbürste** mit 6 Roll. Klos.-Papier zusammen	90 ₰

SCHMOLLER
KARLSRUHE

Union-Theater

Nur noch heute und morgen!
Der Super-Tonfilm

Das Lied ist aus

mit
Liane Haid u. Willy Forst

Der Film der schönen Schlager!

Reichhaltiges Beiprogramm!

Wochentag 7.00 8.45
Sonntag 5.00 7.00 8.45

Ab Mittwoch:
4. Festspielprogramm
„Die Privatsekretärin"

Ingenieur-Schule Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Flugzeugbau / Fliegerschule Papiertechnik Eigene Lehrwerkstätten
Weimar
Prospekt anfordern

Im Holzabführen

aus allen Waldungen empfiehlt sich bei billigster Berechnung.

Hch. Weiler, Killisfeldstr. 16

---

10 Mk. Belohnung

demjenigen, der mir Auskunft geben kann, wer in letzter Zeit an meinem Acker an der Stupfericher Straße, hinter dem Kaffee Waldeck, Gelbrüben entwendet hat, oder den Felddieb dabei angetroffen hat. **Jakob Bossert**
Baseltorstraße 33

Eine schwere moderne

Wohnküche

für **Mark 130.—**
„Wie ist das möglich?" werden Sie fragen. Bitte bemühen Sie sich zu uns und lassen Sie sich diese und die anderen 60 Küchen unverbindlich zeigen. — Sie werden über den Preis dieser Wohnküchen staunen, wenn Sie solche sehen. Das Büfett ist wirklich schwer gearbeitet, innen ganz ausgelegt, mit Kühlraum und Bestecksasten, reichlich mit Kirschbaum eingelegt. Ferner gehört dazu 1 Putzschrank, 1 Tisch mit Linoleum, 2 Stühle und 1 Hocker. — Wir sind auch bereit, Ihre alte Küche in Zahlung zu nehmen, den Rest können Sie bequem in Raten bezahlen. — Wer kann Ihnen den Kauf mehr erleicht. als wir?

Möbelhaus
Mary Kahn
Karlsruhe, Waldstr. 22
(neben Colosseum).

Privat-Reisende

erhalt. kostenl. reichhalt. mod. Oberhemdenkollektion zugesandt. Sofortiger hoher Verdienst Wäschefabrik, Schließfach 253, Plauen i. V.

Fleiß. pünktl. **Mädchen** sucht Wasch- und Putzstelle oder Halbtagsstelle.

Zu erfragen im Verl.

Wer liefert **Manufakturwaren** gegen einen **Radio-Apparat.**

Angebote unt. Nr. 73 an den Verlag.

Billiges Geld

zum Bau und Kauf von Eigenheimen, sowie zur Ablösung teurer Hypotheken erhalten Sie durch Abschluß eines Sparvertrages mit der

Bausparkasse Thuringia Aktiengesellschaft
Eisenach, gegründet im Jahre 1926

zu nur ca 1% Jahreszinsen.
Unsere Zuteilungssonderkonten und Versicherungsschutz bieten größte Sicherheiten.
Zuteilungen 4/4 jährlich im Beisein eines beamteten Notars. Verlangen Sie noch heute unverbindliche Auskunft von der **Generalagentur Mittel- und Südbaden, Durlach Wiesenstraße 9 Telephon 682.**

Jetzt ist die Zeit

wo die Eier die besten Preise bringen. Nun sollten Ihre Hennen wenigstens jeden zweiten Tag ein Ei legen. Das bringt Gewinn!
Füttern Sie daher das gute Futter mit

Muskator
Bergisches Kraftfutterwerk G. m. b. H.
Düsseldorf-Hafen

Erhältlich bei:

Karl Kraft, Durlach
Mühlenfabrikate, Futtermittel, Torfmull
Lammstr. 37 **Telef. 9**

Um die Meisterschaft der Gruppe Karlsruhe

Morgen Sonntag, vormittags 11 Uhr (Stadion)

V. f. L. Durlach I.

gegen

A.S.V. Berghausen I.

NB. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß entgegen der Mitteilung auf den Plakaten, das Spiel umständehalber bereits vorm. um 11 Uhr stattfindet.

Der Vorstand.

Große neuzeitliche

3-Zimmer-Wohnung

mit eingerichtetem Bad in freier Lage, ohne vis a vis, auf 1. April 1932 zu vermieten.
Angebote erbeten unter Nr. 67 an den Verlag.

Bürgergabholz

übernimmt abzuführen
Karl Zoller
Mittelstraße 10, II.

Im Holzabführen

empfiehlt sich bei billiger Berechnung
Jakob Gerhardt
Ecke Auer- u. Waldstr.

Sichere gute

Existenz

in einem Kurort des südl. Schwarzwaldes ist krankheitshalber, der Neuzeit entsprechende

Geflügelfarm

mit gutem Absatz, mit oder ohne Wohnhaus mit 2 Tankstellen, geteilt oder ganz zu verkaufen. Sichere Kapitalanlage.
Offerten unter Nr. 75 an den Verlag.

Waschbecken

in jeder Größe u. Ausführung bei

Wilh. Stoll
Installationsgeschäft
Leopoldstraße 4.

---

1 Kalbin

mit 4 Wochen alt. Kalb zu verkaufen
D.-Aue, Hauptstr. 148

Umständehalber 40 St.

jg. Leghühner

zu verkaufen
Wolfartsweier
Haus Nr. 10.

---

9 Ar Acker

am Turmberg zu verkaufen.
Offerten unt. Nr. 71 an den Verlag.

Milch

hat abzugeben
Karl Born, D.-Aue
Lindenstraße 25.

Gaszimmerlampe

sehr gut erhalten billig abzugeben
Gartenstr. 9, Hth. II St.

Kyrhdung

zu verkaufen d. Zentr. 35 ₰ **Sütterlin**
Jägerstraße 11.

---

1 gebrauchter

Dipl.-Schreibtisch

zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unt. Nr. 72 an den Verl.

Bezirks-Sparkasse Durlach
Oeffentliche Verbandssparkasse